

Integrationsbüro EDA/EVD

777.110 GB / spi-lau

Bern, 9. Juni 1993

Notiz**Geht an:**

- Staatssekretär F. Blankart, Co-Präsident
- Staatssekretär J. Kellenberger, Co-Präsident
- BK: Herr Vizekanzler A. Casanova
- EDA-DV: Herr Botschafter M. Krafft (NG V)
- GS/EDI: Herr Ch. Risch, Gen. Sekretariat
- EJPD/BJ: Herr Vizedirektor O. Jacot-Guillarmod
- GS/EMD: Herr B. Marfurt, stv. Generalsekretär
- GS/EFD: Herr L. Erard, Generalsekretär
- EFD/EFV: Herr Direktor U. Gygi
- EVD/BIGA: Herr Direktor J.L. Nordmann, (NG III)
- GS/EVED: Herr Generalsekretär F. Mühlemann
- BAWI: Herr Botschafter S. Arioli (NG I)
Herr Botschafter M. Baldi, (NG II)
- IB: Herr Botschafter B. Spinner
Herr R. Bärffuss (NG IV)
- Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel
- Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf

-
- Kopie an:**
- IB: alle MitarbeiterInnen
 - BAWI: jek, gir, imb, zos, jag
 - EDA: VDF, DY, LA, HMG, MG

Die britische Haltung zur schweizerischen Integrationspolitik (follow up des Besuchs von Premierminister Major in Bern am 5. April 1993)

Der britische Botschafter in Bern, D. Beattie (B), begleitet von seinem ersten Mitarbeiter, überbrachte mir heute die folgenden "messages" aus London. Nach dem Besuch von Premierminister Major in Bern sei die britische Haltung gegenüber der derzeitigen schweizerischen Integrationspolitik gesamthaft überprüft und in den von der Schweiz am 5. April 1993 aufgeworfenen Fragen wie folgt festgelegt worden. Die Ständige Vertretung Grossbritanniens in Brüssel sei entsprechend instruiert worden und Botschafter Beattie werde sobald als möglich den schweizerischen Bundespräsidenten, Herrn Bundesrat Delamuraz und Herrn Staatssekretär Kellenberger persönlich informieren.

1. In den Bereichen Verkehr, Forschung und Ursprungsregeln unterstütze Grossbritannien die schweizerischen Begehren für die möglichst rasche Aufnahme von bilateralen sektoriellen Verhandlungen Schweiz-EG. Grossbritannien wolle sich



dafür einsetzen, dass in all diesen Bereichen separate Verhandlungen geführt werden, "ahead of a global package".

2. Die britische Unterstützung für sektorielle bilaterale Abkommen mit der Schweiz sei jedoch nicht grenzenlos: einen EWR à la carte könne es für die Schweiz nicht geben, und mit britischer Unterstützung sei nur im Rahmen der britischen Interessen zu rechnen ("we shall be tough negotiators"). Botschafter Beattie weist ausserdem darauf hin, dass die britische Haltung in Brüssel nicht von allen 12 EG-Staaten geteilt werde, sondern dass verschiedene EG-Staaten die Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweiz von der vorgängigen Formulierung eines Gesamtrahmens für die zukünftigen Beziehungen EG-Schweiz abhängig machen.
3. Botschafter Beattie bestätigt, dass Grossbritannien am Beitritt der Schweiz zur EG interessiert sei ("the sooner the better"), und dass der Weg bilateraler Verhandlungen keine langfristige Lösung zur vernünftigen Regelung der britisch-schweizerischen Beziehungen darstelle. Botschafter Beattie formuliert diese Ansicht aber sehr vorsichtig, und erinnert daran, dass Bundespräsident Ogi im Gespräch mit Premierminister Major um Geduld, Verständnis und Zeit gebeten habe.

4. Zu den einzelnen Sachbereichen gilt inskünftig folgende britische Haltung:

Luftverkehr: Grossbritannien unterstützt die Aufnahme von Verhandlungen über ein Separatabkommen und sieht keine Veranlassung, den Zugang der Schweizer Unternehmungen zum Binnenmarkt an Bedingungen in anderen Sachbereichen zu knüpfen. Ein Abkommen mit der Schweiz könne allerdings nicht abgeschlossen werden, bevor der EWR in Kraft trete und auch die übrigen EFTA-Länder vom 3. Liberalisierungspaket profitieren können.

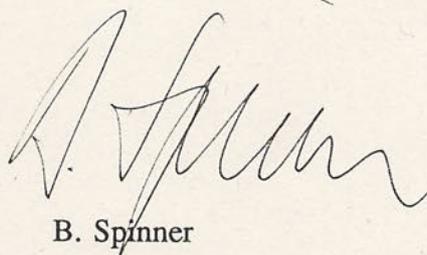
Strassenverkehr: Auch hier unterstützt Grossbritannien ein Separatabkommen. Man erwartet dafür eine Gegenleistung, über deren Natur ("something in return") sich aber auch B nicht im klaren ist. Zudem gilt dieselbe Einschränkung wie oben, dass die Schweiz gegenüber den anderen EFTA-Ländern nicht bevorzugt werden dürfe.

Forschung: Wie in der Begegnung von Staatssekretär Ursprung mit seinem britischen Amtskollegen Unterstaatssekretär Jackson im April bereits dargelegt, unterstützt Grossbritannien die "full and equal" Teilnahme der Schweiz an den EG-Forschungsprogrammen. Die Schweiz habe viel zu bieten, und die EG profitiere am stärksten von einer umfassenden Zusammenarbeit. Auf die Frage von spi, ob möglicherweise Zahlungen an die Kohäsionsländer Bedingung für eine volle Teilnahme sein könnten, antwortet Botschafter Beattie, aus der Sicht Grossbritanniens, negativ.

Ursprungsregeln: Grossbritannien unterstützt den Vorschlag der Schweiz, die EWR-Ursprungsregeln auch im Verkehr EG-Schweiz anzuwenden. Der Botschafter glaubt, dass dafür gute Aussichten bestünden, weil eine echte Alternative nicht bestehe. Letztlich werde aber ein politisch motivierter Entscheid fallen. Nach spi liegt gerade darin das Problem, und er regt eine vorsichtigere Sprachregelung an.

Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte: In diesen sehr komplexen Fragen, über die selbst EG-intern und bei den britischen Stellen noch viel Unklarheit herrscht, nimmt Grossbritannien eine neutrale Stellung ein.

5. Zu den übrigen schweizerischen Verhandlungsbegehren hat B keine Weisungen aus London erhalten. Es ist ihm deshalb ein besonderes Anliegen, auf Schweizer Seite keine weiteren Schlüsse zu provozieren oder falsche Hoffnungen zu wecken. Grossbritannien stehe positiv, aber auch realistisch zu den Schweizer Verhandlungsvorschlägen.
6. Abschliessend erkundigt sich B nach den Gründen für die auffallend rege Reisetätigkeit der Bundesräte. Ich bestätigte die Absicht der Schweiz, auch mittels einer erhöhten Reisetätigkeit in Europa, deutlich zu machen, dass die Schweiz auch nach dem EWR-Nein vom 6. Dezember 1992 eine europa- und weltoffene Politik betreibe. Die grundlegenden integrationspolitischen Zielsetzungen der Schweiz seien auch nach dem 6. Dezember 1992 dieselben geblieben.



B. Spinner